



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Joachim Hanisch, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern V Ausufem atypischer Beschäftigung verhindern!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, entsprechend den Handlungsempfehlungen der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ in Absprache mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden dem Trend der Deregulierung von Arbeit entgegenzuwirken.

Ziel dabei ist, das Ausufem von atypischen Beschäftigungsverhältnissen zu verhindern.

Begründung:

Am 30.01.2018 legte die Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“ ihren Abschlussbericht (Drs. 17/19700) vor. Der Bericht enthält zahlreiche Handlungsempfehlungen an Parlament und Staatsregierung mit dem Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen Bayerns zu erreichen und sicherzustellen. Nach dreieinhalb Jahren intensiver Arbeit ist es nun an der Zeit, die Empfehlungen der Kommission zügig umzusetzen.

Die Zahlen im Hinblick auf den Arbeitsmarkt sprechen Bände. Im Jahre 2014 gingen knapp 10 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einer Teilzeitbeschäftigung von weniger als 15 Wochenstunden nach. Ebenfalls ist ein gewisser Trend zur Befristung zu beobachten, wodurch vor allem junge Berufsanfänger sich von einer befristeten Stelle zur nächsten hangeln müssen. In einer solchen Situation von Familienplanung und Hausbau zu sprechen, ist aufgrund der fehlenden Planungssicherheit beinahe unmöglich. So befanden sich im Jahre 2013 5,6 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einem befristeten Arbeitsverhältnis. Ferner ist nimmt auch der Anteil tarifgebundener Betriebe ab, so waren es im Jahr 2011 zwar noch 32,7 Prozent, zwei Jahre später jedoch nur noch 29,7 Prozent. Es ist daher an der Zeit, dem Ausufem atypischer Beschäftigungsverhältnisse den Kampf anzusagen und unter Vermittlung zwischen bzw. Absprache mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden dementsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Die entsprechende Handlungsempfehlung findet sich im Abschlussbericht der Enquete-Kommission unter Punkt 5.2.1.b.